



## DER GASTKOMMENTAR

# Es geht um die Religionsfreiheit

VON BERNHARD VOGEL

Manch einer mag mutmaßen, dass das, was sich zurzeit in Berlin abspielt, eine simple Auseinandersetzung zwischen religiös und areligiös lebenden Menschen sei. Aber es geht um wesentlich mehr. Es geht – so paradox das klingen mag – beim Streit um den Religionsunterricht um nichts weniger als um die Religionsfreiheit in Deutschland: Der freiheitliche und demokratische Rechtsstaat, der als solcher immer religiös und weltanschaulich neutral sein muss, hat in Fragen von Religion und Werten keine Alleinvertretungskompetenz und keine Setzungshoheit. Es ist ein ungeheuerlicher Vorgang, dass sich der Berliner Senat dennoch anmaßt, an den Berliner Schulen das Pflichtfach „Werteunterricht“ einzuführen, das niemand abwählen kann – auch nicht zugunsten des Religionsunterrichts. Er hat damit eindeutig seine Kompetenz überschritten.

Als Kultusminister habe ich es immer als besonders notwendig empfunden, dass es bei so grundsätzlichen Fragen wie der Religionsfreiheit gerade unter den Ländern einen Konsens gibt, an dem nicht gerüttelt wird. Wir waren in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz immer der Meinung: Auch Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf Religionsfreiheit. Dazu gehört nicht nur die Freiheit von religiösen Überzeugungen, sondern immer auch die Freiheit, sich einen konfessionellen Religionsunterricht zu wählen oder ihn gegebenenfalls abzuwählen. Religionsunterricht und religiöse Orientierungsangebote in der Schule sind Teil einer umfassenden Persönlichkeitsbildung. Schülerinnen und Schüler sollen lernen, sich eine eigene Überzeugung anzueignen und in ihr zu leben. Wenn der Religionsunterricht als „zweite Wahl“ in die Rand- und Nachmittagsstunden verbannt wird, dann kann dies nicht gelingen. Wer Schüler kennt, der weiß, sie werden dieses Angebot nicht wahrnehmen und wer wollte es ihnen verdenken. Gerade in einer Stadt wie Berlin, in der viele Religionen gelebt werden, muss deutlich werden, dass man einen ernsthaften Dialog

zwischen den Kulturen und Religionen nicht durch Relativierung erreicht, sondern nur, indem man sich der eigenen Grundlagen versichert. Das „Geltenlassen von schlichtweg allem“ (Arnold Gehlen) führt zur Trivialisierung von Wertfragen und kann keinesfalls eine solide Basis für ein fruchtbares Zusammenleben sein.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt die Bürgerinitiative „Pro Reli“ bei ihrem engagierten Eintreten für die freie Wahl zwischen Ethik- und Religionsunterricht, weil sie sich überall auf der Welt für die Menschenrechte und damit insbesondere für die Freiheit des religiösen Bekenntnisses einsetzt. Die christlichen Kirchen, die jüdischen Gemeinden, die islamischen Glaubensgemeinschaften und alle anderen Bekenntnisse dürfen kein Monopol für sich fordern. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Berliner Senat ein solches Monopol für den Staat beansprucht.

Der Autor ist Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, die in einer aktuellen Publikation „Nun sag, wie hast Du's mit der Religion?“ Prominente mit Argumenten für die Wahlfreiheit zwischen Ethik und Religion zu Wort kommen lässt.